Deutscher Bundestag **Drucksache 21/9004**

21. Wahlperiode 06.11.2026

Vorabfassung – wird durch die lektorierte Fassung ersetzt.

Beschlussempfehlung und Bericht

des Ausschusses für Wirtschaft und Energie (9. Ausschuss)

zu dem Antrag der Abgeordneten Dr. Alaa Alhamwi, Kassem Taher Saleh, Katrin Uhlig, weiterer Abgeordneter und der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
– Drucksache 21/6005 –

Sanierungsoffensive für Deutschland – Heizkostensenkung durch eine vollständige Umsetzung der EU-Gebäuderichtlinie

A. Problem

Die den Antrag stellende Fraktion schickt ihrem Antrag voraus, dass der Gebäudesektor eine erhebliche Klimaziellücke aufweise und für rund ein Drittel der Treibhausgasemissionen verantwortlich sei. Geopolitische Krisen und steigende Preise fossiler Energien zeigten immer wieder, wie teuer und riskant die Abhängigkeit von fossilen Energieträgern sei. Mit der europäischen Gebäuderichtlinie (EPBD) seien verbindliche Ziele für die energetische Sanierung und Dekarbonisierung des Gebäudebestands festgelegt worden. Die Vorgaben der EPBD müssten vollständig in nationales Recht überführt werden.

Die antragstellende Fraktion möchte die Bundesregierung daher unter anderem auffordern, die in der EPBD festgehaltenen europäischen Vorgaben für den klimaneutralen Gebäudesektor vollständig umzusetzen, einen überarbeiteten Nationalen Gebäuderenovierungsplan zur Dekarbonisierung des Gebäudebestands vorzulegen, an einer angemessenen EEG-Förderung und der Einspeisevergütung festzuhalten, One Stop Shops für unkomplizierte Beratungs- und Unterstützungsangebote zu schaffen, eine kurzfristig wirkenden Abwrackprämie und eine stärkere soziale Staffelung der Sanierungs- und Heizungsförderung einzuführen sowie ein Drittelmodell zur Wahrung der Warmmietenneutralität bei energetischen Modernisierungen einzuführen.

B. Lösung

Ablehnung des Antrags mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU, AfD und SPD gegen die Stimmen der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN bei Stimmenthaltung der Fraktion Die Linke.

C. Alternativen

Annahme des Antrags.

D. Kosten

Wurden im Ausschuss nicht erörtert.

Vorabfassung – wird durch die lektorierte Fassung ersetzt.

Beschlussempfehlung

Der Bundestag wolle beschließen,

den Antrag auf Drucksache 21/6005 abzulehnen.

Berlin, den 4. November 2026

Der Ausschuss für Wirtschaft und Energie

Christian Frhr. von Stetten
Vorsitzender

Lars Rohwer
Berichterstatter

Marc Bernhard
Berichterstatter

Vorabfassung – wird durch die lektorierte Fassung ersetzt.

Bericht der Abgeordneten Lars Rohwer und Marc Bernhard

I. Überweisung

Der Antrag auf **Drucksache 21/6005** wurde in der 80. Sitzung des Deutschen Bundestages am 21. Mai 2026 in erster Lesung an den Ausschuss für Wirtschaft und Energie zur Federführung sowie an den Ausschuss für Arbeit und Soziales, den Ausschuss für Umwelt, Klimaschutz, Naturschutz und nukleare Sicherheit, den Ausschuss für die Angelegenheiten der Europäischen Union sowie den Ausschuss für Wohnen, Stadtentwicklung, Bauwesen und Kommunen zur Mitberatung überwiesen.

II. Wesentlicher Inhalt der Vorlage

Die den Antrag stellende Fraktion schickt ihrem Antrag voraus, dass der Gebäudesektor eine erhebliche Klimaziellücke aufweise und für rund ein Drittel der Treibhausgasemissionen verantwortlich sei. Geopolitische Krisen und steigende Preise fossiler Energien zeigten immer wieder, wie teuer und riskant die Abhängigkeit von fossilen Energieträgern sei. Mit der europäischen Gebäuderichtlinie (EPBD) seien verbindliche Ziele für die energetische Sanierung und Dekarbonisierung des Gebäudebestands festgelegt worden. Die Vorgaben der EPBD müssten vollständig in nationales Recht überführt werden, damit alle Menschen Zugang zu einem bezahlbaren, gut gedämmten und klimafreundlichen Zuhause erhielten. Nur durch eine vollständige Umsetzung der europäischen Gebäuderichtlinie könne die Wärmewende sozial gerecht ausgestaltet werden. Ohne umfassende Sanierungen drohten die sogenannten „Worst Performing Buildings“, selbst wenn sie mit moderner Heiztechnik ausgestattet oder an Wärmenetze angeschlossen würden, zur Heizkostenfalle zu werden.

Die antragstellende Fraktion möchte die Bundesregierung daher unter anderem auffordern, die in der EPBD festgehaltenen europäischen Vorgaben für den klimaneutralen Gebäudesektor vollständig umzusetzen, einen überarbeiteten Nationalen Gebäuderenovierungsplan zur Dekarbonisierung des Gebäudebestands vorzulegen, nach dem die energetisch schlechtesten Gebäude vorrangig saniert werden („worst first“), an einer angemessenen EEG-Förderung und der Einspeisevergütung festzuhalten, One Stop Shops für unkomplizierte Beratungs- und Unterstützungsangebote zu schaffen, eine kurzfristig wirkenden Abwrackprämie und eine stärkere soziale Staffelung der Sanierungs- und Heizungsförderung einzuführen sowie ein Drittelmodell zur Wahrung der Warmmietenneutralität bei energetischen Modernisierungen einzuführen.

III. Stellungnahmen der mitberatenden Ausschüsse

Der **Ausschuss für Arbeit und Soziales** hat den Antrag auf Drucksache 21/6005 in seiner 42. Sitzung am 4. November 2026 beraten und empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU, AfD und SPD gegen die Stimmen der Fraktionen BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN bei Stimmenthaltung der Fraktion Die Linke dessen Ablehnung.

Der **Ausschuss für Umwelt, Klimaschutz, Naturschutz und nukleare Sicherheit** hat den Antrag auf Drucksache 21/6005 in seiner 47. Sitzung am 4. November 2026 beraten und empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU, AfD und SPD gegen die Stimmen der Fraktionen BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN bei Stimmenthaltung der Fraktion Die Linke dessen Ablehnung.

Der **Ausschuss für die Angelegenheiten der Europäischen Union** hat den Antrag auf Drucksache 21/6005 in seiner 33. Sitzung am 4. November 2026 beraten und empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU, AfD und SPD gegen die Stimmen der Fraktionen BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN bei Stimmenthaltung der Fraktion Die Linke dessen Ablehnung.

Der **Ausschuss für Wohnen, Stadtentwicklung, Bauwesen und Kommunen** hat den Antrag auf Drucksache 21/6005 in seiner 33. Sitzung am 4. November 2026 beraten und empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen

Vorabfassung – wird durch die lektorierte Fassung ersetzt.

der CDU/CSU, AfD und SPD gegen die Stimmen der Fraktionen BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN bei Stimmenthaltung der Fraktion Die Linke dessen Ablehnung.

IV. Beratungsverlauf und Beratungsergebnisse im federführenden Ausschuss

Der Ausschuss für Wirtschaft und Energie hat den Antrag auf Drucksache 21/6005 in seiner 57. Sitzung am 4. November 2026 abschließend beraten.

Der **Ausschuss für Wirtschaft und Energie** beschloss mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU, AfD und SPD gegen die Stimmen der Fraktionen BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN bei Stimmenthaltung der Fraktion Die Linke die Ablehnung des Antrags auf Drucksache 21/6005 zu empfehlen.

Berlin, den 4. November 2026

Lars Rohwer
Berichterstatter

Marc Bernhard
Berichterstatter

Vorabfassung – wird durch die lektorierte Fassung ersetzt.